

Sperrfrist bis 10.00 Uhr
25. April 2006



Jahresmedienkonferenz 2006
Dienstag, 25. April 2006

Es gilt das gesprochene Wort

Günstige Energie und sichere Versorgung – Richtige Energiepolitik als Voraussetzung für Wachstum

Dr. Rudolf Ramsauer, Vorsitzender der Geschäftsleitung, economiessuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Es ist eine zentrale Aufgabe der schweizerischen Politik, Rahmenbedingungen zu schaffen für eine dauerhaft sichere, preisgünstige und umweltverträgliche Energieversorgung. Die Energieversorgung ist dagegen nach wie vor Sache der Wirtschaft. Diese Aufgabenteilung und damit auch die Energieversorgung der Schweiz haben bisher bestens funktioniert. Dies soll auch in der Zukunft so bleiben.

Allerdings beruhen wichtige Teile der für die Versorgung notwendigen Infrastruktur auf Planung und Konzepten der 1950er- und 1960er-Jahre. Die Alterung dieser Anlagen und der wachsende Energiebedarf rufen nach Ausbau oder Ersatz solcher Anlagen. Doch dies stösst zunehmend auf mangelnde Akzeptanz und Ablehnung in Politik und Bevölkerung.

Heutzutage wird vergessen, wenn nicht verdrängt, dass die Energieversorgung die Lebensader der Wirtschaft und unserer Gesellschaft ist. Ohne ausreichende und preiswerte Energie würde unser rohstoffarmes Land als Wirtschaftsstandort existenziell gefährdet, mit allen negativen Auswirkungen auf Wohlstand und Beschäftigung.

Die nun schon seit mehreren Jahrzehnten andauernden Grabenkämpfe um die Kernenergie, auch die Versuche zur Abkehr von der zentralen Stromerzeugung und dies mittels bedeutenden Subventionsbeiträgen für erneuerbare Energien und Kleinanlagen staatlich zu lenken, erscheinen vor den sich stellenden Herausforderungen orientierungslos und wenig zielführend.

Ich möchte Ihnen anhand der nachfolgenden Ausführungen darlegen, welche Herausforderungen aus Sicht der Wirtschaft bestehen:

1. zur Energie- und Klimapolitik,
2. bezüglich der Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes, und
3. zur Frage der drohenden Lücke in der Stromversorgung.

Zur Energie- und Klimapolitik

Die Energiepolitik wurde 1990 erklärermassen zu einer Politik des Moratoriums. Der Ausbau und Ersatz der Elektrizitätsversorgungsinfrastruktur wurde weitgehend gestoppt: Sinnvolle Erweiterungen an Wasserkraftanlagen werden verhindert, für Gaskraftwerke mangelt es an Rechtssicherheit, und an das Thema Kernenergie wagt sich ein privater Investor wegen zu vieler Unsicherheiten nicht heran.

Dagegen hat die Politik damit begonnen, das weniger umstrittene Feld des Sparens und der Energieproduktion aus dezentralen und erneuerbaren Energien zu beackern. Mit Gesamtkosten auf Bundesebene von etwa einer Milliarde Franken sind die Resultate dieser Energiepolitik jedoch bescheiden ausgefallen.

Die magere Bilanz sei hier anhand weniger Zahlen illustriert: Der inländische Stromverbrauch ist seit 1990 um 21 Prozent gestiegen. Die Stromerzeugung konnte dagegen nur um 17 Prozent zulegen, wobei der Grossteil auf industrielle Stromerzeugung aus fossilen Energien und Abfällen sowie auf Leistungssteigerungen der bestehenden Kernkraftwerke zurückzuführen ist. Die Wasserkraftnutzung fiel anteilmässig zurück, während der politische Hoffnungsträger, die neuen erneuerbaren Energien (ohne Kehricht), im Jahr 2004 gerade vier Promille zur Landeserzeugung beizutragen vermochte. Die gegenwärtige Moratoriumspolitik scheint somit am Markt und am eigentlichen Problem vorbeizugehen.

Die jüngsten Vorstösse zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zielen in die gleiche, falsche Richtung. Dabei dürfte die Schere zwischen Glauben und tatsächlich Machbarem noch grösser werden. Noch grösser werden auch die Kosten und damit die Lasten für die Wirtschaft, insbesondere für die im internationalen Konkurrenzkampf stehenden Unternehmen.

Ähnliche Orientierungslosigkeit herrscht leider auch in der Klimapolitik. Eigentlich könnte die Schweiz im Bereich des Klimaschutzes unaufgeregt am bisher eingeschlagenen Kurs festhalten. Im internationalen Vergleich steht die Schweiz nämlich gut da (Folie UNFCCC). Verglichen mit dem stark gestiegenen CO²-Ausstoss anderer westlicher Länder und ohne die Möglichkeit marode Altanlagen wie in Osteuropa als Reduktionsleistung ausweisen zu können, kann sich die Klimabilanz der Schweiz sehen lassen.

Zu diesem Resultat hat die Wirtschaft als einzige Gruppierung im Rahmen der Aktivitäten der Energie-Agentur einen massgeblichen Beitrag geliefert. Und sie wird dies in Zukunft verstärkt gestützt auf die Tätigkeit der Stiftung Klimarappen tun. Die Wirtschaft ist damit nachweislich zu einem der wichtigsten Akteure im Bereich des Klimaschutzes geworden. Den vielen Unkenrufen zum Trotz, entscheidet nach wie vor der Markt über Preissignale über den Erfolg neuer Technologien auch zum Schutz des Klimas. Angesichts der nachhaltig gestiegenen Erdölpreise gibt es keine Gründe, dass der Staat hier lenkend eingreifen soll. In dieser Weise hat sich auch das Bundesamt für Umwelt im vergangenen Herbst geäussert.

economiesuisse nimmt mit Erstaunen zur Kenntnis, dass die Politik dennoch zur grossen Umverteilungsaktion der CO²-Abgabe auf Brennstoffen Hand bieten will, wo doch die Klimaziele bis 2012 mit den bereits eingeleiteten und noch in Vorbereitung stehenden Massnahmen in Reichweite sind. Wichtiger wäre, dass jetzt der Kompass neu ausgerichtet wird auf die zukünftige internationale Klimapolitik, die nach 2012 das Kyoto-Protokoll ablösen wird. Wichtiger wären klare gesetzliche Rahmenbedingungen für neue grosse CO²-Emittenten wie Gaskraftwerke; ein Thema, das im heutigen CO²-Gesetz nicht geregelt ist. Statt dass die Politik weiter auf dem Parkett der staatlichen Subvention im Umweltbereich schlingert, wäre ein Blick für das Gesamte nötig – eine kohärente Energie- und Klimaschutzpolitik der Schweiz.

Strommarkt

Mehr noch als in der Schweiz ziehen in der EU die Strompreise wieder an. Zu einem wesentlichen Teil ist dies ein Resultat von überbordender und ungeeigneter Regulierung. UNICE, der europäische Wirtschaftsverband, hat kürzlich vor dieser verhängnisvollen Entwicklung gewarnt. Mehrere Industriebranchen wie Metall, Papier oder Grundstoffchemie sind von den Preiserhöhungen bedroht. Die Europäische Kommission ist gefordert, die Liberalisierung durchzusetzen und hat zu diesem Zweck Anfang April gegen nahezu alle Mitgliedstaaten Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Die in verschiedenen EU-Staaten feststellbare Tendenz zu Protektionismus und zum Aufbau von nationalen Champions muss überwunden und der europäische Binnenmarkt für Energie vollendet werden.

Leider sind wir in der Schweiz von einem solchen Ziel noch weit entfernt. Vom ursprünglichen Anspruch der Liberalisierung eines (schweizerischen) Binnenmarktbereichs, als Bestandteil des Wachstumspakets des Bundes positive Impulse zum Wirtschaftswachstum beizutragen, hat sich der Gesetzesentwurf zum Strommarkt völlig verabschiedet. Unter dem neuen Namen Stromversorgungsgesetz suggeriert dieses Gesetz die Lösung für die künftigen Versorgungsprobleme der Schweiz. Statt auf die bewährte Subsidiarität und Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft zu setzen, will der Staat Eingriffe vornehmen, die weit über das für eine Wettbewerbsregulierung nötige Mass hinaus gehen.

Die Wirtschaft unterstützt echte Liberalisierungsanstrengungen in diesem Bereich. Gerade im Umfeld einer globalisierten Wirtschaft ist dieses Anliegen berechtigt. Aus Sicht der Energie konsumierenden Wirtschaft – in erster Linie der Industrie – ist jedoch der derzeitige Gesetzesentwurf wenig geeignet, einen sinnvollen Beitrag an dieses Ziel zu leisten. Schlimmer noch: Eine Quasi-Fiskalisierung der Stromversorgung mit Zuschlägen auf dem Strompreis, eine Verbürokratisierung der Versorgung sowie eine Zementierung der herrschenden Strukturen wären die Folge.

Versorgungslücke / neue Kraftwerke

Wie ich bereits eingangs gesagt habe, hat sich die Schweiz eine Moratoriumspolitik auferlegt. Allerdings ist dieses Moratorium einseitig und trifft nur für die Produktionsseite zu. Die Stromverbrauchsseite hat sich nicht an diese politische Vorgabe gehalten. Für den Mehrverbrauch an Strom gibt es viele Gründe, u.a. Wohlstand und Komfort. Ein wichtiger Zusammenhang besteht auch zum Wirtschaftswachstum (Folie). Seit 1970 lässt sich beobachten, dass ein Prozent BIP-Zuwachs mit einem Mehrverbrauch von Strom in Grössenordnung von 1,8 Prozent korreliert. Die 1990 postulierte Abkoppelung des Stromverbrauchs vom Wachstum fand nicht statt und wird wohl auch in den nächsten Jahrzehnten nicht stattfinden.

Deshalb ist aus dem Blickwinkel des Wirtschaftswachstums die Vermeidung einer zukünftigen Stromversorgungslücke von grösster Bedeutung. Vor rund einem Jahr hat die Stromwirtschaft erste Perspektiven der Versorgung der Öffentlichkeit vorgestellt. Die diagnostizierte Lücke ist unbestritten. Wichtig wäre nun eine überzeugende Antwort der Politik, wie diese bedrohliche Herausforderung gemeistert

werden soll. Aber auch hier scheint immer noch das Moratoriumsdenken zu überwiegen. Und dies obwohl sich schon in weniger als 15 Jahren ein Versorgungsengpass im Winterhalbjahr öffnet und sich die Schweiz wohl nie mehr wie im bisherigen Ausmass mit langfristigen Verträgen für Stromlieferungen aus dem Ausland wird eindecken können.

Die bisher vom Bund ausgearbeiteten Vorschläge genügen bei weitem nicht. Sie sind zu vage und zu zaghaft und sie weisen zu wenig auf die tatsächlichen Gefahren der Versorgungslücke hin. Klar ist einzig, dass die heute bekannten Potenziale der neuen erneuerbaren Energien zu gering sind, dass das Energieeffizienzpotenzial in solch kurzer Zeit ohne drastische Einschränkungen nicht ausgeschöpft werden kann und dass für Klimaschutzmassnahmen zusätzliche Elektrizität eingesetzt werden muss (zum Beispiel elektrische Wärmepumpen).

Es ist Zeit, dass die Frage der zukünftigen Versorgungslücke jetzt angegangen wird. Die jahre- bis jahrzehntelangen, politisch aufwändigen Genehmigungsverfahren erfordern ein frühes und entschiedenes Vorgehen. Angesichts der engen Grenzen, die uns der Klimaschutz beim Ausstoss von CO² setzt, wird die zukünftige schweizerische Stromversorgung kaum auf fossile Energieträger abstellen können. Auch eine einseitige Abhängigkeit von Erdgas aus einem oder wenigen Ländern ist keine Perspektive für die Schweiz. Es bleiben daher nicht mehr viele Optionen der Stromerzeugung übrig, die den Kriterien der Versorgungssicherheit, der Wirtschaftlichkeit und der Umweltverträglichkeit genügen. Der Ersatz der bestehenden inländischen Kernkraftwerke dürfte daher eine der wenigen valablen Optionen zur Vermeidung der Versorgungslücke bilden. Deshalb ist auch die Frage der Entsorgung der radioaktiven Abfälle zeitgerecht und sicher zu lösen.

Fazit: Die Schweiz braucht wieder eine richtige Energiepolitik, welche die sichere, günstige und umweltfreundliche Versorgung garantiert. Zukünftiges Wachstum und Wohlstand der Schweiz dürfen nicht durch unrealistische Versprechen aufs Spiel gesetzt werden.